

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich, Einzelne Num. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingeladn. 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Zeichnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturkassenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsidialen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 35

Sonnabend, 12. Februar

1921

Internationale Anleihe?

Paris, 11. Februar. Der Berliner Korrespondent der „Financial News“ hat seiner Zeitung telegraphisch mitgeteilt: „Ich hoffe, kein Geheimnis zu verraten, wenn ich mitteile, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord Aberdeen, kürzlich unterrichtet, ob die Lage in Deutschland nicht dazu geeignet sei, das Vertrauen für eine auszunehmende Anleihe zu rechtfertigen. Wenn dieser Plan Wirklichkeit würde, dann wäre er eine gründliche und elegante Lösung der Schwierigkeiten, die jetzt die Finanzbehörden aller Länder beschäftigen. Alle neutralen Länder könnten unterschreiben, denn sie leiden sämtlich alle unter dem Geldüberfluß. Wo eine Krise vorhanden ist, entsteht sie nicht durch den Mangel an Geld, sondern ist auf den ungesunden Geldverkehr zurückzuführen. Holland, die Schweiz, Schweden, Dänemark, die Vereinigten Staaten: alle Länder leiden unter dem gleichen Übel: zu viel Kapitalien, zu wenig Handel. Eine internationale Anleihe für Deutschland wäre, wie „L'Echo“ schreibt, die wirtschaftliche Erneuerung der Welt.“

Die Erklärung der bayerischen Regierung.

München, 10. Februar. Die gestrigen Beratungen der bayerischen Staatsregierung und der Koalitionsparteien haben mit der Zustimmung aller beteiligten Faktoren zu der an die Reichsregierung zu richtenden Erklärung der bayerischen Staatsregierung heute abend ihren Abschluß gefunden. Staatsregierung und Koalitionsparteien haben der Bedeutung und Schwere des Augenblicks in jeder Weise Rechnung getragen. Wenn trotzdem das Ergebnis der mehrtägigen Beratungen, die in größtmöglicher Einmütigkeit geführt und auch von der Mehrheit der Presse in dankenswerter Weise unterstützt wurden, den bisherigen Standpunkt der bayerischen Regierung festhält, so beweist dies erneut aller Welt, daß das bayerische Volk und seine Regierung in der Erhaltung des unentbehrlichen Selbstbestandes auch heute noch eine Lebensfrage erblickt. Die bayerische Staatsregierung hat demzufolge von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung, ebenso wie sie die ungenügenden Reparationsforderungen ablehnt, auch dem notwendigen Entschuldigungsbeitrag nicht zustimmen dürfe, die beide ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Sie verkennt jedoch nicht, daß der Reichsregierung die letzte Entscheidung und die Verantwortung für ihre allenfallsigen Maßnahmen zufällt. Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben sich in ihren Beratungen und Entschlüssen ausschließlich von vaterländischen Interessen leiten lassen. Es war das Bestreben der bayerischen Staatsregierung, die Position der Reichsregierung gegenüber dem geschlossenen Willen der verbündeten Mächte zu stärken. In diesem Geist und in der Absicht sind von ihr alle Verhandlungen gepflogen worden. Wenn nicht überall unter Zurückstellung aller Trennenden mit der gleichen Ehrlichkeit und Zurückhaltung die strittige Frage behandelt worden ist, so ist das bedauerlich, da es viel zur Verschärfung beigetragen hat.

Der Beitritt Amerikas zum Völkerbund.

London, 11. Februar. Das die großen Finanzinteressen vertretende Blatt „Journal of Commerce“ fordert unter Hinweis auf die unerledigten Verträge und die infolge der fruchtlosen Erörterungen drohende Krise den Beitritt Amerikas zum Völkerbund.

Ein amerikanisches Einwanderungsgesetz.

London, 11. Februar. Nach einer Meldung aus Washington hat der Senatsausschuß für Einwanderungsfragen einstimmig einen Gesetzesentwurf angenommen, der bestimmt ist, an die Stelle des vom Repräsentantenhaus angenommenen Gesetzesentwurfes zu treten. Wenn dieser Gesetzesentwurf vom Kongreß angenommen wird, so wird die Höchstzahl fremder Einwanderer auf 200.000 jährlich festgesetzt werden.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Das Urteil der Sachverständigen.

Berlin, 11. Februar. Deutschlands Zahlungsfähigkeit drückt sich nach dem Ergebnis der gestrigen Konferenz der Sachverständigen mit den Mitgliedern des Kabinetts in folgenden Zahlen aus: Im Jahre 1913 betrug (immer in runden Zahlen angegeben) die deutsche Einfuhr 8 Milliarden, die deutsche Ausfuhr 5 Milliarden, so daß wir mit einem Passivum von 3 Milliarden zu rechnen hätten. Dieses Passivum konnten wir auf unsere Schultern nehmen, da uns aus anderen Werten wie zum Beispiel aus unseren Guthaben im Ausland, der Tätigkeit unserer Handelsflotte, den Kolonien usw. Einnahmen zufließen, die das Passivum wieder wettmachen und uns noch etwa eine Milliarde Überschuß einbrachten. Frankreich legt seiner neuen Berechnung die Bilanz von 1913 zugrunde, läßt dabei aber vollständig außer Betracht, daß wir wieder unsere Handelsflotte noch unsere ausländischen Guthaben, noch die Kolonien besitzen, mithin nicht in der Lage sind, das Passivum irgendwie ausgleichen zu können. Für 1920 können wir annehmen, daß die Mindereinnahme weit über 3 Milliarden Goldmark beträgt. Wie sollen wir nun dieses Defizit decken? Auf der einen Seite läßt sich eine Ersparnis in beschränktem Umfang vielleicht dadurch erzielen, daß die Einfuhr eingeschränkt wird. Da dies bei den für Deutschland notwendigen Lebensmitteln nicht möglich ist, so bleiben nur alle diejenigen Gegenstände, die man etwa unter „Luxus“ zusammenfassen kann. Dem steht aber wiederum entgegen, daß eine Anzahl Waren, wie Parfüm, Rotweine, Zigaretten, Tuche vorhanden sind, deren Abnahme durch uns von Frankreich und England dringend gewünscht wird. Wollen wir daher das Defizit von über drei Milliarden Goldmark decken, so kann das nur durch Mehrproduktion geschehen. Die Mehrproduktion

jedoch ist wiederum nur durchführbar, wenn wir die Einfuhr erhöhen. Man kann rund annehmen, daß die eingeführten Produkte etwa ein Viertel des Wertes ausmachen, den die Fertigkeiten bei der Ausfuhr repräsentieren. Wir werden daher erst daran denken können, unser Passivum zu beiseitigen, wenn Einfuhr und Ausfuhr etwa 6 Milliarden Goldmark betragen, das heißt, wenn unsere Ausfuhr etwa verdoppelt wird. Eine derartige Überschwemmung Europas und Amerikas mit deutschen Waren aber müßte zu einer Weltkrise führen, die sich jetzt bereits in ihren Anfängen durch gewaltig steigende Arbeitslosigkeit und Stilllegung großer Betriebe bemerkbar macht. Hierzu kommt noch, um unsere Lage zu erschweren, die 12proz. Abgabe von der Ausfuhr. Wenn wir also die Annuitäten und die 12proz. Abgabe erlegen wollen, dann müßte das deutsche Volk seine Ausfuhr auf etwa 14 Milliarden Goldmark steigern, was ungefähr das Dreifache der jetzigen Leistung ausmacht. Hier beginnt der Wahnsinn der Milliarden ins Unermeßliche zu steigen.

Die deutschen Kabel.

London, 11. Februar. Reuters meldet aus Washington, daß der republikanische Senator France im Senat eine Entschließung einbrachte, in welcher der Ankauf aller deutschen Kabel und auch der deutschen afrikanischen und Südsee-Kolonien durch die Vereinigten Staaten vorgeschlagen wird. Die Entschließung ist an den Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten verwiesen worden. Eine der Bestimmungen der Entschließung geht dahin, daß Deutschland für diesen Ankauf die Summe von 5 Milliarden Dollars auf seine Entschädigung angerechnet werden soll. Reuters meldet dazu, daß Senator France bereits mehrere beratende Entschließungen eingebracht hätte, die von den Ausschüssen, an die sie verwiesen wurden, niemals zurückgekommen sind.

Die Arbeitslosen in England.

London, 11. Februar. „Daily Express“ meldet, die Arbeitslosigkeit im Vereinigten Königreich nimmt zu. In der am 4. d. M. endigenden Woche betrug die Zahl der Arbeitslosen 1.108.000. Das bedeutet gegenüber der vorhergehenden Woche eine Zunahme von 42.680.

Ein Abkommen englischer und französischer Industrieller.

Paris, 11. Februar. Die Agence Havas“ meldet aus London: In Großbritannien wird die Ankunft einer Gruppe französischer Industrieller erwartet, die über ein Abkommen mit englischen Industriellen unterhandeln will. Es handelt sich dabei um die im Gießwerk gewonnenen Kalimengen, für deren Verarbeitung die Franzosen die nötigen Einrichtungen nicht besitzen. England besitzt diese Einrichtungen und es handelt sich darum, zwischen französischen und englischen Unternehmern eine Arbeitsgemeinschaft durchzuführen.

Unterzeichnung des polnisch-russischen Friedens.

Paris, 11. Februar. Nach einer Radiomeldung berichtet ein Funkpruch aus Moskau, daß der polnisch-russische Frieden gestern unterzeichnet worden ist.

Das Königreich Bagdad.

Paris, 11. Februar. Fertinax macht im „Echo de Paris“ darauf aufmerksam, daß Lloyd George am 8. Februar in einer Rede angekündigt habe, England wolle ein arabisches Königreich unter britischem Mandat errichten. Fertinax vermutet, daß es sich um ein Königreich Bagdad handle und daß der Emir Faisal für den Thron in Frage komme.

Der Bau von Bergmannswohnungen.

DA. Bochum, 11. Februar. Im Wohnungsausschuß des Reichstages hat Ministerialrat Dr. Glas über den Bau der Bergmannswohnungen folgende Zahlen mitgeteilt: Auf Grund der Kohlenabgabe sind eingegangen für Januar bis September 1920 348.559.000 M., bis 31. Dezember 1920 schätzungsweise 476 Millionen Mark, 1921 voraussichtlich 512 Millionen Mark. Eingegangen sind im ganzen Reich (ohne Sachsen und Ober- und Nieder-Sachsen) bis September 1920 492 Mill. M., bis 31. Dezember 1920 schätzungsweise 672 Mill. M. und 1921 735 Mill. M. Zuschuß erhielten im Ruhrgebiet 5600 Wohnungen, davon 1150 fertige, 3898 im Bau, 550 noch nicht angefangene. Aus Wertmitteln wurden im Ruhrrevier 3765 Wohnungen gebaut, von denen 1848 Wohnungen bereits bezogen und bis 1. April 1921 bezugsfertig sind.

Austritte aus der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei.

Prag, 11. Februar. Nach Berichten der sozialistischen Blätter sind im Bereich von Groß-Prag während der letzten 14 Tage rund 100.000 Personen aus der katholischen Kirche ausgetreten.

Die Wahlen in Südafrika.

London, 11. Februar. Wie die „Times“ aus Kapstadt meldet, verfügt die südafrikanische Partei über eine Mehrheit von 25 Sitzen, die sich wahrscheinlich auf 28 erhöhen wird.

Die Reise des Kronprinzen von Japan.

Paris, 11. Februar. Nach einer Radiomeldung aus Tokio wird der Kronprinz von Japan, der am 4. März Tokio verläßt, auf seiner Reise durch Europa auch Frankreich besuchen.

Die Bedeutung der Pariser Forderungen für das deutsche Wirtschaftsleben.

Von unserem Berliner Mitarbeiter
Berlin, 10. Februar.

Das deutsche Wirtschaftsleben leidet seit dem politischen Zusammenbruch unter mancherlei Fährlichkeiten, die es ehemals nicht kannte, oder doch nicht zu fürchten hatte. Die deutsche Welt ist zum Spekulationsobjekt geworden und erschwert so jede Kalkulation, und das um so mehr, als Versuche des deutschen Kaufmanns, diese Ungewissheit in seinem Calcul einzustellen, nicht nur mit Zurückziehung der erteilten Aufträge beantwortet wird, sondern von vielen Abnehmern sogar mit dem Abbruch alter Beziehungen beantwortet worden ist. Dazu kommt noch das Sinken der Rohstoffpreise, wie es seit dem Herbst vorigen Jahres einsetzte, das zwar dem Bezug langentbehrteter Stoffe erleichterte, andererseits aber viele Waren in Deutschland selbst im Werte herabsetzte und die Abnehmer zu einer Zurückhaltung bestimmte, die wieder die Fabrikation zu Einschränkungen veranlaßte und so Zunahme der Arbeitslosigkeit im Gefolge hatte. Diese allgemeine Ungewissheit und Unsicherheit lastet schwer auf dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben, dem das Steigen der Mark hierfür nur beschränkten Erfolg bietet. Immerhin gewährt die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Besserung der Verkehrsverhältnisse und der billigere Bezug vieler Rohstoffe eine gewisse Botschaft für einen langsamen wirtschaftlichen Auftrieb, wofür kein Eingriff diese Entwicklung stört.

Bedauerlicherweise hat sich jedoch der Verband zu einem solchen gefährlichen Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben entschlossen, als er in den Pariser Beschlüssen Deutschland zur Zahlung von 226 Milliarden Goldmark im Verlaufe von 42 Jahren und zur Einräumung eines Ausfuhrzollens von 12 1/2 Proz. verpflichtet zu wollen unterließ. Was dieser Ausfuhrzoll soll, weiß jeder: er soll die unerwünschte Konkurrenz Deutschlands, die sich bereits in Südamerika und auch in europäischen Ländern zum Nachteil Englands bemerkbar macht und die von anderen Ländern, wie z. B. Griechenland und den russischen Randstaaten ohne weiteres ersehnt wird, unterbinden. Und das nicht bloß für eine Reihe von Jahren, sondern auf absehbare Zeit hinaus! Hier gehen die Interessen Englands und Frankreichs insofern konform, als erstere sich auf diese Weise seine Vormachtstellung als erste Handelsmacht Europas sichern würde, während letzteres hierfür freie Hand am Rhein erhält, worauf ja die ganze französische Politik eingestellt ist und eingestellt bleiben wird, so lange die jetzigen Machthaber in Paris am Ruder sind. Und dann darf man sich nicht übersehen: je mehr Frankreich auf seiner Ohnmacht sich festlegt, um so eher ist es geneigt, England im nahen Orient, vor allem in Kleinasien, gewähren zu lassen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß der alte Traum der französischen Diplomatie von einer Vorherrschaft in Syrien und den benachbarten Küsten durch die Festlegung Englands in Mesopotamien seiner realen Basis beraubt ist; denn Frankreich wird dort nur als Trabant Englands auftreten können, aber nicht als Schutz- und Schirmherrscher der Christenheit, welches Ziel einst den französischen Staatsmännern vorschwebte und das auch ihre kirchenfeindlichen Nachfolger unbedeutend im Auge behielten.

Was aber nun die Festlegung der deutschen Entschädigungszahlung auf 226 Milliarden Goldmark betrifft, so ist hier Frankreich die treibende Macht. Es sieht den Franc an den Markkurs gebunden und steht vor einem Defizitbudget, das durch deutsche Zahlungen ins Gleichgewicht gebracht werden soll. Und darüber hinaus sollen die deutschen Zahlungsverpflichtungen dazu dienen, den französischen Kredit zu heben. Freilich wollen die Pariser Beschlüsse sich nicht mit Verpflichtungen begnügen, sie wollen sie vielmehr als Verpflichtungen in Gestalt von Bonds auf den Markt bringen und mit ihnen Deutschland wirtschaftlich in fetter Abhängigkeit halten — es müßten denn große Goldlager auf deutschem Boden entdeckt werden, welche die Abzahlung der 226 Milliarden Goldmark ermöglichen! Doch die Aussichten hierfür sind leider sehr gering!